

ANTRÄGE

A

**ANTRÄGE DES
CDU-KREISVORSTANDES**

ANTRAG A1

ANTRAGSTELLER: CDU-Kreisvorstand

1 **Berlin in Gelsenkirchen – Fatalen Auswirkungen der „Ampelpolitik“ vor Ort entgegenzutreten!**

2 Bei der Bundestagswahl 2021 erhielt eine Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP eine
3 Mehrheit im Bundestag. Die anschließenden Koalitionsverhandlungen setzten nicht nur
4 klimapolitische Schwerpunkte: Auch im Bereich der Wirtschaftspolitik, der Digitalisierung und der
5 Sozialpolitik wurden weitreichende gesellschaftliche Änderungen angestrebt und in einen
6 Koalitionsvertrag gegossen.

7 Nach nunmehr fast zwei Jahren Ampelpolitik kommen die ersten Auswirkungen der geplanten,
8 gesellschaftsveränderten Projekte auch in Gelsenkirchen an. Diese politische Weichenstellung hat
9 auch Auswirkungen auf die politische, wirtschaftliche und soziale Lage vor Ort. Dabei ist klar: Die
10 Berliner Politik hat ganz offensichtlich kein Auge für die Bedürfnisse und Probleme der
11 Gelsenkirchenerinnen und Gelsenkirchener, für das Ruhrgebiet und insbesondere für
12 Gelsenkirchen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen unsere Stadt und die berechtigten
13 Anliegen und Nöte unserer Kommune zukünftig wieder Gehör finden und wir durch fatale
14 Entscheidungen der Ampelregierung nicht weiter abgehängt werden.

15 Als Oppositionspartei im Bundestag steht die CDU Deutschlands daher vor einer besonderen
16 Herausforderung und ist auf eine gute politische Arbeit und Expertise vor Ort angewiesen. Daher
17 ist die kritische Auseinandersetzung mit der Gesetzesentwicklung auch Aufgabe der CDU
18 Gelsenkirchen. Der Kreisparteitag stellt daher fest:

19 **1. Kindergrundsicherung – Gelsenkirchen und Kinderarmut**

20 Gelsenkirchen gehört zu den Städten mit der höchsten Kinderarmutsquote. Diese zu bekämpfen ist
21 eine der vordringlichsten Aufgaben der Politik in Berlin und mit Unterstützung aus Berlin auch in
22 Gelsenkirchen. Um dies zu tun, hat die Bundesregierung beschlossen das Kindergeld im Jahr 2025
23 durch die Kindergrundsicherung zu ersetzen. Diese soll vor allem einkommensschwachen Familien
24 zugutekommen und bisherige Sozialleistungen für Familien, wie den Kinderzuschlag, bündeln.
25 Hierzu wird ein Betrag von etwa zwölf Milliarden Euro benötigt. Zur teilweisen Finanzierung des
26 Vorhabens soll beispielsweise der Kinderfreibetrag der Einkommensteuer abgeschafft werden.

27 Dabei steht fest: Der Nutzen einer solchen Kindergrundsicherung ist für sämtliche Gelsenkirchener
28 Haushalte ausschließlich finanzieller Natur. Diese Unterstützung lässt jegliche Form von
29 Nachhaltigkeit vermissen und sieht sozialpolitische Probleme mit rein fiskalischer Brille, ohne die
30 besonderen Herausforderungen und Problemlagen der Kinder anzuerkennen. Die Frage wie
31 sichergestellt werden soll, dass das Geld für die Kinder verwendet wird, lässt die Bundesregierung
32 in Gänze offen. Die CDU fordert: Finanzmittel in dieser Höhe müssen in Bildungseinrichtungen
33 fließen, um Chancengleichheit für Kinder aus sozialschwächeren Familien zu ermöglichen. Weitere
34 finanzielle Mittel, die wie vergangene Maßnahmen zweifelsfrei gezeigt haben, nur zu einem
35 geringen Anteil wirklich bei den Kindern ankommen, lösen kein Problem.

36 Darüber hinaus ist die Finanzierung der Kindergrundsicherung überaus fraglich. Finanzieller
37 Mehraufwand bei den Sozialleistungen für die Kommunen, wie beispielsweise bei den Kosten der
38 Unterkunft, darf keinesfalls entstehen, um finanzschwache Kommunen wie Gelsenkirchen nicht
39 weiter zu belasten. Wir setzen uns daher für Maßnahmen ein, die die Strukturen vor Ort fördern,
40 um der Kinderarmut entgegenzutreten.

41

42 **2. Heizen in Zeiten des Klimaschutzes**

43 In Zeiten des Klimaschutzes wird kaum eine Frage so kontrovers diskutiert wie die Nutzung von
44 Heizungen, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden. Ein erster Vorstoß der
45 Ampelregierung sah vor, dass funktionierende Heizungen durch Wärmepumpen ersetzt werden
46 müssen. Nachdem dieser Entwurf zu Recht auf massive Kritik stieß, ist derzeit geplant, eine
47 Verpflichtung zum Einbau von Wärmepumpen bei Neubauten festzulegen. Auch sollen diese
48 eingebaut werden, wenn die aktuelle Heizung nicht mehr funktioniert und repariert werden
49 müsste.

50 Die Ampelregierung verkennt die sozialen Auswirkungen dieser Maßnahmen vollständig: Der
51 Zwangseinbau neuer Heizungen führt zu nicht tragbaren Belastungen auf unterschiedliche Art und
52 Weise: Gerade ältere Menschen mit Wohneigentum, die ihre Wohnung oder ihr kleines Häuschen
53 als Teil ihrer Altersvorsorge lange erspart haben, werden aus fragwürdigen Motiven und mit einer
54 fragwürdigen Umweltbilanz in die Notwendigkeit versetzt, neue Belastungen aufzunehmen. Es
55 zeigt auch: Diese Regierung achtet das Eigentum und die Eigenverantwortung der Menschen nicht
56 – sie setzt auf Bevormundung und Zwang als Mittel der gesellschaftlichen Umwälzung.

57 Gleichsam trifft die Maßnahme aber auch jeden Mieter: Wohnen wird mit den Maßnahmen massiv
58 teurer und trifft damit vor allem die arbeitende Mittelschicht und kleinere Einkommen, die schon
59 heute einen erheblichen Anteil ihrer Einkünfte für Wohnen aufwenden müssen.

60 Wir als CDU stehen dem diametral entgegen: Die individuelle Auswahl der passenden Technologie
61 obliegt dem Eigentümer – die Bundesregierung hat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen für ein
62 klimaneutrales Deutschland zu schaffen, indem sich die Eigenverantwortung und die Entscheidung
63 des Einzelnen – hier: Eigentümers oder Vermieters – an den Gegebenheiten des Marktes orientiert.
64 Während andere Länder daher auf niedrige Energie- und insbesondere Stromkosten setzen,
65 weigert sich die Bundesregierung, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Stattdessen wird im
66 Land mit den höchsten Stromkosten der Welt der Wechsel auf Stromheizungen forciert – und
67 somit Wohlstand vernichtet. Wie eine regierungsbeteiligte Partei, die im Namen das Soziale trägt,
68 solche vollständig sozial unverträglichen Maßnahmen mittragen kann, ist für uns unverständlich.

69

70 **3. Wirtschaft & Arbeit**

71 Bei keinem Thema ist sich die aktuelle Regierung so uneinig wie beim Thema Wirtschaft.
72 Während Wirtschaftsvertreter Alarm schlagen und darauf hinweisen, dass gerade der Mittelstand
73 an bürokratischen Prozessen zu ersticken droht und der Fachkräftemangel an vielen Stellen immer
74 deutlicher spürbar wird, wird in Berlin nur noch darauf geachtet, die Wirtschaft und die Industrie
75 klimaneutral auszurichten. Dabei geraten immer mehr Betriebe und Unternehmen an ihre
76 Belastungsgrenzen. Initiativen, wie der Gelsenkirchener Klimahafen, werden von der
77 Bundesregierung nur bei Fototerminen gerne unterstützt, in der Realität aber im Dschungel der
78 Gesetzesvorlagen vollständig ignoriert.

79 Diese schwierigen Bedingungen spiegeln sich daher auch in der wirtschaftlichen Lage hier vor Ort
80 wider. Gelsenkirchen hat als Stärkungspaktkommune kaum Geld für Investitionen oder für die
81 Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen für Unternehmen. Die verbliebenen Fachkräfte
82 wandern daher in umliegende Regionen oder in umliegende Städte ab.

83 Dabei fehlen Gelsenkirchen vor Ort die finanziellen Ressourcen, um selbst gegenzusteuern: Auf
84 kommunaler Ebene wurden hierbei in den letzten Jahren zwar klare Fortschritte erzielt, die
85 entsprechenden Impulse für Revitalisierung alter Industriebrachen, Ausbauintiativen für
86 Infrastruktur insbesondere für Strom und Wasserstoff oder Unterstützung und Erneuerung der
87 Innenstädte lassen sich rein aus kommunaler Sicht ohne Unterstützung nicht stemmen. Umso

88 fataler ist, dass die Bundesregierung um Bundeskanzler Olaf Scholz das Versprechen an die
89 kommunale Familie bricht, eine Lösung für die drückenden Altschulden zu finden, die in Zeiten
90 steigender Zinsen immer stärkere Auswirkungen erhalten. Wir werden uns weiterhin dafür stark
91 machen, strukturschwächere Regionen und im Besonderen das Ruhrgebiet stärker in den Fokus der
92 politischen Arbeit zu rücken und regionale Belange bei der Gesetzgebung mitzudenken und
93 zukunftsfest aufzustellen.

ANTRAG A2

ANTRAGSTELLER: CDU-Kreisvorstand

1 **Unsere Innenstädte stärken – Campus Bildung, Innovation, Technologie und Sport realisieren!**

2 Die meisten Innenstädte in unserem Land stehen vor enormen Herausforderungen. Zwar hat die
3 Corona-Pandemie einen großen Anteil dazu beigetragen, aber auch davor war die verstärkte
4 Entwicklung bereits sichtbar und Gegenstand der Debatte. Steigende Lebenshaltungskosten,
5 Inflation, steigende Zinsen und damit einhergehende Konsumzurückhaltung haben seit dem
6 letzten Jahr die Situation noch einmal verschärft. Eine hohe Fluktuation auf den Einkaufsmeilen in
7 Buer und der Altstadt prägen das Bild unserer Stadt. Zunehmende Leerstände tun sich auf und
8 können trotz intensiver Bemühungen der Wirtschaftsförderung sowie Politik nicht zeitnah und
9 vor allem nicht in ausreichendem Maß mit nachhaltigen Nachfolgenutzungen versehen werden.
10 Zusätzlich müssen wir die Schließung von Standorten großer Ketten und Frequenzbringer wie
11 Saturn, Galeria Kaufhof und Primark mit dem dann folgenden Leerstand von erheblichen
12 Verkaufsflächen verkraften. Das ist schmerzlich und erfordert eine enorme Kraftanstrengung
13 sowie ergebnisoffenes Denken in Bezug auf die Nachfolgenutzung.

14

15 Wir sind uns bewusst, dass eine belebte und funktionierende Innenstadt mit umfangreichen
16 Angeboten von enormer Bedeutung für die Attraktivität einer Stadt sowie auch Auswirkungen auf
17 die Wirtschaftsentwicklung hat. Es ist daher erforderlich, eine Innenstadtentwicklung
18 voranzutreiben, die bestehende Probleme löst sowie dynamisch aufgestellt ist, um auf neue
19 Entwicklungen zeitnah zu reagieren.

20

21 Zusätzlich mussten wir vor wenigen Wochen mit dem endgültigen Wegzug der Hochschule für
22 Polizei und Verwaltung (HSPV) eine weitere schlechte Nachricht zur Kenntnis nehmen – die
23 erhoffte Ansiedlung am nördlichen Kopf der Gelsenkirchener Altstadt und damit eine
24 willkommene Nutzung der Fläche und auch qualitativ hochwertige Frequenzsteigerung für unseren
25 Innenstadtbereich werden sich nicht wie geplant realisieren lassen.

26

27 Um den stattfindenden und sich weiter abzeichnenden Entwicklungen entgegenzutreten, werden
28 wir uns an folgenden Leitlinien orientieren:

- 29 1. Für den Potentialstandort des ehemaligen Zentralbades am nördlichen Kopf der
30 Gelsenkirchener Altstadt setzen wir auf eine breit angelegte, integrierte Lösung unter
31 Beteiligung vielfältiger Gelsenkirchener Stakeholder zur Stärkung des Gesamtbereiches
32 Altstadt. Eine singuläre Nutzung kommt für uns nicht in Betracht. Eine zukunftsfeste
33 Lösung bedeutet für uns die Realisierung eines neuen **Campus für Bildung, Innovation,
34 Technologie und Sport (BITS)**:
- 35 a. Die Realisierung eines neuen Zentralbades auf der Fläche der ehemaligen
36 Polizeinspektion Süd, um auch zukünftig für den Leistungs- und
37 Schulschwimmsport eine zentrale und moderne Sportstätte zu bieten, die den alten
38 Namen „Zentralbad“ zurecht erben bzw. ersetzen kann.
39
- 40 b. Wir denken die heutigen Frei- und Potentialflächen in unmittelbarer Nähe, die
41 Flächen der stark renovierungsbedürftigen Berufskollegs, die Flächen der heutigen

- 42 VHS und die Gesundheitsthemen in der Innenstadt samt zugehöriger
43 Potentialflächen mit.
44
- 45 c. Wir denken die Themen Innovation und Technologie mit und wollen eine
46 Innovationsgemeinschaft mit Unternehmen, Wissenschaft und Bildung: Im neuen
47 Gesamtensemble müssen Flächen für Start-Ups und Unternehmen einen
48 Mittelpunkt einnehmen, der zusammen mit dem Wissenschaftspark am südlichen
49 Ende der Altstadt zukünftig eine Achse bilden kann, den bestehenden
50 Nachfrageüberhang bei Unternehmens-, Büro- und Start-Up-Flächen mildert und
51 mit der Innenstadt/Bahnhofstraße in der Mitte einen wichtigen Beitrag zur
52 Belebung, Ertüchtigung und Nachnutzung von nicht mehr genutzten
53 Bestandsflächen haben wird.
54
- 55 d. Zusammen mit dem neuen Gelsenkirchener Zentralbad ist das neue Ensemble auch
56 prädestinierte Heimat für jede Weiterentwicklung der Gelsenkirchener
57 Sportverwaltung.
58
- 59 e. Wir sehen Synergiepotentiale für das neue BITS auch mit notwendigen
60 kommunalen Investitionen: Ein neues, modernes, kommunales Rechenzentrum mit
61 modernen und marktgerechten IT-Arbeitsplätzen auch für die kommunale
62 Verwaltung könnte als Herzstück auch Anziehungskraft für den Standort
63 entwickeln und bestehende Unternehmen wie Start-Ups binden.
64
- 65 f. Die Integration der Berufskollegs für den Bildungsteil des neuen BITS, mit direkter
66 Anbindung an Unternehmen und Flächen für die persönliche unternehmerische
67 Entwicklung denken wir im Gesamtensemble mit und sehen insbesondere für den
68 berufsbildenden Teil der Berufskollegs eine erhebliche Stärkung bei konsequenter
69 Umsetzung des Campus-Gedankens über die perspektivischen Gebäude des neuen
70 Standorts.
71
- 72 g. Die Integration bspw. der heutigen VHS, aber auch der Gesundheitsthemen schafft
73 Standort-Potentiale für weitere Teile der Gelsenkirchener Altstadt: Wir wollen hier
74 neben bedarfsgerechtem Wohnen für junge Menschen und insbesondere
75 Studenten und Schüler auch das dringend notwendige Angebot für hochwertiges
76 Wohnen in der Gelsenkirchener Altstadt schaffen.
77
- 78 2. Zur Belebung der Innenstädte und Revitalisierung der Ortskerne werden nachhaltige
79 Konzepte benötigt, die Wohnen, Gewerbeangebote und Erreichbarkeit miteinander
80 verbinden. Wir sehen unsere Innenstädte sowohl als Wohn- als auch als Einkaufs- und
81 Arbeitsstandort mit allen jeweiligen Anforderungen.
82
- 83 3. Wir setzen in unseren Innenstädten zur Stärkung der Aufenthaltsqualität auf eine
84 Belebung der Plätze und eine Stärkung der Gastronomie. Gleichzeitig wollen wir – wie bei
85 der Umfahrung Buer – gezielt die Verkehre reduzieren, deren Ziel nicht primär die
86 Innenstadt ist. Dabei gilt: Unsere Innenstädte müssen für Besucher erreichbar sein!
87 Ansätze wie eine „autofreie Innenstadt“ sind kontraproduktiv und besiegeln den
88 Niedergang!
89
- 90 4. Wir erkennen die Realität an: Der Einzelhandel in Innenstadtbereichen wird zunehmend
91 auf kleinere Flächen setzen. Große, teils mehrstöckige Verkaufsflächen, sind auf absehbare

- 92 Zeit nur in geringem Umfang marktgängig. Für diese Immobilien an unseren
93 Einkaufsstraßen, die leer stehen oder von einem Leerstand bedroht ist, wird sich zeitnah
94 mit hoher Wahrscheinlichkeit kein großer Ankermieter mehr finden, der das komplette
95 Gebäude mit Einzelhandel betreiben kann. Deshalb setzen wir in engem Austausch mit den
96 Eigentümern auf neue Konzepte, die eine Einzelhandelsnutzung beispielsweise mit
97 Büroflächen, Ärztehäusern, urbaner Produktion und Wohnen verbindet und dem Mangel
98 an Flächen an anderer Stelle so entgegentritt.
99
- 100 5. Wir werden weiter daran arbeiten, die Attraktivität unserer Zentren zu stärken!
101 Erreichbarkeit, Sauberkeit und Parken gehören genauso dazu, wie der Umgang mit
102 Genehmigungen. Insbesondere bei Märkten und Events, wie den beliebten Food-Märkten,
103 stehen wir als Stadt im Wettbewerb. Dort, wo ein einfacher Zugang realisiert werden kann,
104 werden Veranstaltungen realisiert. Hierzu sind wir bereit, Anfangsinvestitionen und
105 Unterstützungsleistungen zu bieten. Einer Weiterentwicklung der Wochenmärkte (bspw.
106 angepasste Zeiten, mehr Gastronomie), um Impulse der Händler sowie der Bürgerinnen
107 und Bürger aufzugreifen, stehen wir offen gegenüber.
108
- 109 6. Ohne eine ausreichende finanzielle Ausstattung sind wir vor Ort nicht in der Lage, die
110 nötigen Impulse zu realisieren. Die CDU-geführte Landesregierung hat hierzu bspw. mit
111 dem Sofortprogramm zur Stärkung der Innenstädte einen sinnvollen Beitrag geleistet. Wir
112 fordern eine Verstetigung solcher Fördermaßnahmen sowie eine entsprechende
113 dauerhafte Unterstützung vom Bund.
114
- 115 7. Tendenzen im Lebensmittelhandel, beispielsweise bei der Verkaufsflächenerweiterung
116 oder der Schaffung kombinierter Wohn- und Einkaufskonzepte, nehmen wir wahr. Wir
117 wollen solche Modernisierungstendenzen und damit den Handel stärken. Daher haben wir
118 eine Weiterentwicklung des Einzelhandelskonzeptes durchgesetzt. Wir werden den
119 Prozess weiter konstruktiv begleiten und dafür sorgen, dass Gelsenkirchen ein
120 zukunftsfähiges Einzelhandelskonzept erhält, welches erforderliche Veränderungen
121 ermöglicht!
122
- 123 8. In den vergangenen Jahren haben wir dafür gesorgt, dass die Weichen für eine
124 zukunftsorientiert aufgestellte Wirtschaftsförderung gestellt worden sind. Immer mehr ist
125 zu hören, dass sie als Partner der Unternehmen angesehen wird. Im Wege der
126 Untersuchungen zur Neustrukturierung hat sich gezeigt, dass viele weitere Aufgaben
127 durch eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung zu leisten sind, als in der Vergangenheit der
128 Fall war. Deshalb setzen wir auf eine Wirtschaftsförderung, die unternehmensorientiert
129 arbeitet und auch als Ansprechpartner im Verwaltungsdschungel präsent ist. Dies ist
130 gerade auch im Hinblick auf die Innenstadtentwicklung und Weiterentwicklung der
131 Citylagen in Gelsenkirchen bedeutsam. Den eingeleiteten Neuaufstellungsprozess werden
132 wir weiterhin konsequent verfolgen und unterstützen, indem wir die notwendigen
133 Ressourcen bereitstellen. Wir werden auch auf Hinweise aus der Wirtschaft eingehen und
134 erforderliche Anpassungen, wie bspw. die Einführung eines Wirtschaftsbeirats, vornehmen!

ANTRAG A3

ANTRAGSTELLER: CDU-Kreisvorstand

1 **Mehr Schutz für unsere Kinder in Gelsenkirchen**

2 Für die CDU Gelsenkirchen haben Kindeswohl und Kinderschutz seit jeher oberste Priorität. Denn
3 Kinder und Jugendliche stehen unter dem besonderen Schutz von Staat und Gesellschaft. Vor allem
4 Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit, auf
5 gewaltfreie Erziehung und den Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Daher gilt
6 es, insbesondere sie vor jeder Art von körperlichem und/oder seelischem Zwang zu schützen. Staat
7 und Gesellschaft sind in der Pflicht, einen wirksamen Schutzschild für Kinder aufzuspannen.
8 Gerade die Jüngsten bedürfen eines besonderen Schutzes.

9 Typische Gewaltdelikte von und an Kindern und Jugendlichen sind Körperverletzungen,
10 Bedrohungen, Beleidigungen, Nötigungen, Erpressungen aber leider auch Raub- und Sexualdelikte.
11 Täter und Opfer dieser jugendtypischen Gewaltdelikte sind ganz überwiegend ebenfalls junge
12 Menschen. Gewalttaten von und an jungen Menschen werden vor allem im öffentlichen
13 Raum begangen. Darüber hinaus können aber auch Schule, Schulweg und das Internet Orte sein,
14 an denen es zu entsprechenden Taten kommt.

15 Im Jahr 2022 hat es einen enormen Anstieg von Gewaltdelikten in der Kinder- und
16 Jugendkriminalität gegeben. Körperverletzungsdelikte haben um 24 Prozent zugenommen,
17 Raubdelikte sogar um 36,7 Prozent. Die WAZ Gelsenkirchen schreibt dazu am 06.01.2023: „Die
18 letzten Monate in Gelsenkirchen waren geprägt von Meldungen über Kinder und Jugendliche, die
19 andere Teenager überfallen (...), 300 Identitätsfeststellungen, 30 Gefährderansprachen, 99
20 Strafanzeigen, 26 Ordnungswidrigkeitenanzeigen, 176 Platzverweise. Das sind aktuelle Zahlen, die
21 die nordrhein-westfälische Landesregierung Anfang 2023 mit Blick auf die Jugendkriminalität
22 auflistet, die seit Herbst die Nachrichtenlage in Gelsenkirchen dominiert.“

23 Die deutliche Zunahme der Aggressionsdelikte bei und von Kindern und Jugendlichen ist
24 alarmierend. Die Bereitschaft zur Gewalttätigkeit ist nimmt zu, die Hemmschwellen sinken ab und
25 die Anzahl der Intensivtäter, die in immer kürzeren zeitabständen Straftaten begehen, nimmt zu.
26 Mit der Steigerung der Gewaltbereitschaft und Gewaltintensität geht ein Wachstum der
27 Respektlosigkeit einher.

28 Die Ursachen von Jugendgewalt sind vielfältig. Es gibt nicht die zentrale Ursache, auf die sich
29 gewalttätiges Verhalten von Jugendlichen zurückführen lässt, sondern es handelt sich um ein
30 Ursachengeflecht unterschiedlicher Faktoren. Um dieser vielschichtigen Problemlage gerecht zu
31 werden setzt sich die CDU Gelsenkirchen für folgende Maßnahmen ein:

- 32 1. Wir fordern die Präsenz des Kommunalen Ordnungsdienstes und der Polizei vor den
33 Schulen und auf dem Schulweg nochmals deutlich zu verstärken, damit unsere Kinder
34 sicher und angstfrei zur Schule und wieder nach Hause kommen.
35
- 36 2. Wir unterstützen alle präventiven Maßnahmen von Stadt, Land und Bund, die dazu
37 dienen, Intensivtäterkarrieren zu verhindern. Aufgrund der stetigen Zunahme der
38 Delikte reichen diese schon lange nicht mehr aus und müssen finanziell und personell
39 ausgebaut werden.
40
- 41 3. Wir fordern und forcieren zudem eine bundespolitische Debatte darüber, ob vor dem
42 Hintergrund zunehmender Gewaltdelikte von Jugendlichen unter 14 Jahren die
43 Strafmündigkeit abgesenkt werden soll. Es benötigt eine enge Kooperation zwischen

- 44 Staatsanwaltschaft, Polizei und der Stadt, um die Strafverfolgung und die Prävention
45 weiter zu verbessern. Wir brauchen auf Stadtebene vernetzte Strukturen zwischen
46 Schule, Jugendamt, Polizei und Justiz sowie den festen Willen, aktiv einzugreifen und
47 Entwicklungen entgegenzutreten.
48
- 49 4. Neben der Gewalt auf der Straße gilt es aber auch die Gewalt im Internet wirksam zu
50 bekämpfen. Wir benötigen verpflichtende Schutzkonzepte, um Kinder vor Gewalt und
51 Missbrauch im Internet zu schützen.
52
- 53 5. Mit vielfältigen und koordinierten Maßnahmen müssen wir in die betroffenen Familien
54 gezielt hineinwirken, damit kriminelle Karrieren von Jugendlichen und
55 Heranwachsenden gar nicht erst beginnen oder zumindest frühzeitig beendet werden
56 können. Dazu bedarf es einer zwingenden Mitarbeit in den Familien bzw. von den
57 Erziehungsberechtigten, bei denen wir von einer Kooperation als Gesellschaft
58 ausgehen müssen oder alternativ die Kooperation als Gesellschaft gezielt mit
59 geeigneten Maßnahmen einfordern bzw. erzwingen müssen. Entsprechende Strukturen
60 müssen zwischen Ordnungs- und Sozialbehörden geschaffen werden.
61
- 62 6. Um zu einer umfassenden und differenzierten Ursachen- und Präventionsanalyse zu
63 gelangen, gehört auch die Einbeziehung und Aufarbeitung migrationstypischer
64 Problem- und Verhaltensmuster unter Berücksichtigung kultureller Aspekte. In diesen
65 Kontext gehört auch die Beantwortung der Frage durch die Bundesregierung, wie
66 Integration schwer traumatisierter, geflüchteter Kinder und Jugendlicher in unserer
67 Gesellschaft gelingen kann und wie zukünftige Belastungen für die Kommunen gerade
68 in diesem Bereich durch eine gezielte Steuerung von Migrationsbewegungen gelingen
69 muss.